

Die deutsche Finanzkraft

Rede
gehalten in der
Berliner Handelskammer
am 2. Mai 1919
von

Dr. Dernburg
Reichsminister der Finanzen

Springer-Verlag
Berlin Heidelberg GmbH
1919

Die deutsche Finanzkraft

Rede

gehalten in der Berliner Handelskammer
am 2. Mai 1919 vom Reichsminister der
Finanzen

Dr. Dernburg



Springer-Verlag
Berlin Heidelberg GmbH
1919

ISBN 978-3-662-42273-1 ISBN 978-3-662-42542-8 (eBook)
DOI 10.1007/ 978-3-662-42542-8

Die politische Umwälzung vom 9. November 1918 traf die deutsche Volkswirtschaft in einem gegen die Friedenszeit ungemein geschwächten Zustande. Durch die teuflische Hungerblockade wurde trotz anzuerkennender Leistungen unserer Landwirtschaft die Bevölkerung schwer mitgenommen, ihre physische und psychische Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt; durch den Wirtschaftskrieg, den unsere Gegner mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die deutsche Volkswirtschaft führten, gingen unsere Skabel verloren, wurden deutsche Vermögen im Ausland, die ausländischen Kapitalanlagen liquidiert, zum Teil verschleudert, wobei man hier und dort vorsichtigerweise gleich Bücher, Geschäftspapiere und Abrechnungen mitverbrannte. Das System der schwarzen Listen vervollständigte den Boykott der deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Außenhandel, der mit zu Deutschlands Wohlstand beigetragen, der die gewaltige Zahlungsbilanz mit dem Ausland vor dem Kriege aktiv gestaltet hatte, war zum größten Teil vernichtet.

Durch das Waffenstillstandsangebot auf Grund der Wilsonschen Punkte hoffte das deutsche Volk auf eine Erleichterung seiner Lage. Das Gegenteil trat jedoch ein. Eine überstürzte Demobilisation führte zu empfindlichen Störungen und Lähmungen des Verkehrs. Hierzu kam, daß die territorialen Maßnahmen unserer Feinde auf eine Verfremdung Elsaß-Lothringens von Deutschland hinarbeiteten. Auf das gleiche Ziel lief die Abschnürung der Rheinprovinz und die Beschlagnahme des Saargebiets hinaus. Durch die Vorenthaltung luxemburgischer Rohstoffe erlitt unsere Industrie einen neuen schweren Schlag. Auch die Reichseinnahmen in den besetzten Gebieten erleiden manche empfindliche Einbuße; zum Teil sind die Zollgrenzen bis an den Rhein zurückgerückt. Die Hinausschiebung der Brückenköpfe hat weitere, für die deutsche Volkswirtschaft wichtige Gebiete in Mitleidenschaft gezogen. Zahlreiche westliche Städte haben durch das rigorose Vorgehen der Gegner ihr natürliches Hinterland verloren.

Daselbe ist im Osten eingetreten. Nicht nur haben die Polen deutsche Gebiete für sich in Anspruch genommen, sind blühende Teile von Ober-

Schlesien vernichtet worden, sondern auch die Bildung deutsch-feindlicher Staaten aus der ehemals verbündeten Donau-Monarchie sowie die Besetzung von Triest und Fiume bedeuten eine neue, nicht zu unterschätzende Lähmung deutscher Interessen.

Unsere Gegner haben — das steht durch alle jene Anzeichen fest — den Kampf nicht nur gegen unsere militärische und politische Kraft geführt, sondern sie haben auch zu einem furchtbaren und erfolgreichen Schlag gegen unser Wirtschaftsleben ausgeholt. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so lieferten ihn die Waffenstillstandsbedingungen mit erschreckender Deutlichkeit. Durch die Abgabe von 5000 Lokomotiven, die Auslieferung der deutschen Handelsflotte in einen internationalen Pool sind der deutschen Volkswirtschaft die wichtigsten Verkehrsmittel aus der Hand geschlagen worden. Ihr fehlen nicht nur die Erze aus Luxemburg, die Kohlen des Saargebiets, das Kali von Elsaß-Lothringen, sondern sogar auch die Verkehrsmittel, die Arterien der Volkswirtschaft hat man ihr verkümmert. So sind die jüngst eingetretenen industriellen Katastrophen nicht so sehr die unmittelbare Folge des Krieges, als vielmehr der Waffenstillstandsbedingungen, deren Härte gegenüber einem niedergeworfenen und um anständige Behandlung bittenden Gegner jedem sittlichen Empfinden einen harten Stoß gegeben hat.

Dieser Zustand einer kranken, verkümmerten Volkswirtschaft ist durch die Andauer der Blockade verschärft worden. Sie bewirkt, daß weitere Hunderttausende durch Entbehrung heruntergekommene Menschen dahinstarben; sie bewirkt auch, daß Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung steigen, daß Arbeitswillige durch die Fortdauer des Elends von der Arbeit abgeschreckt werden. Die anhaltende und sich verschärfende Knappheit an Nahrungsmitteln führte zu gewaltigen Lohnbewegungen, die nicht selten zu Plünderungen und inneren Unruhen ausarteten. Erst nach langen Bemühungen sind durch das Brüsseler Abkommen Erleichterungen eingetreten, erkauft aber durch harte Bedingungen. So sehr dem einzelnen ein den hohen Preisen entsprechendes Einkommen zu gönnen ist, so wenig wird mit Lohnsteigerungen dem Mangel an Waren abgeholfen. Hohe Löhne bewirken — unterstützt von Rohstoffmangel und Arbeitsunlust — hohe Preise; diese ziehen neue Lohnforderungen nach sich, die Preise folgen: ein *circulus vitiosus*. Die einstmal blühende deutsche Volkswirtschaft hat heute aufgehört, regelmäßig zu produzieren. Das ist das erste traurige Ergebnis, zu dem eine Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage führt.

Die Folge des plötzlichen Kriegsendes war weiter, daß über acht Mil-

tionen Männer demobilisiert werden mußten und heute über eine Million Erwerbslose den Staats- und Reichskassen zur Last fallen. Auf dem Wege des Kredits müssen die Mittel zur Bestreitung unproduktiver Ausgaben flüssig gemacht werden und dieser ununterbrochen vor sich gehenden Geldschöpfung steht keine Warenvermehrung gegenüber. Die Inflation wird vergrößert, die Preise steigen weiter, das Geld büßt immer mehr an Kaufkraft ein. Im Zusammenhang mit der Öffnung der westlichen Grenzen und der schlechten Absperrung der südlichen hat ein verstärkter Abfluß deutscher Kapitalien nach dem Ausland, ein Zustrom vielfach überflüssiger Waren nach Deutschland stattgefunden, ist eine Plethora in deutschen Zahlungsmitteln auf den ausländischen Märkten eingetreten. Wie die Kaufkraft der Mark im Innern, so ist auch die deutsche Valuta im Ausland auf einen nie für möglich gehaltenen Wertstand gesunken. In der Schweiz erzielen 100 Reichsmark nur noch 36 Franken gegen 123 Franken vor dem Kriege.

Wohin man sieht: Das deutsche Wirtschaftsleben ist krank, sehr krank. Und leider kann kein Zweifel obwalten: dieser Zustand hätte sich durch einen alsbaldigen Frieden vermeiden lassen. Jetzt drohen dagegen die eingetretene Nervenentspannung, die furchtbare Enttäuschung über die vielen Opfer an der Front wie in der Heimarbeit, die ohne moralischen Erfolg gebracht worden sind, auch noch die letzte Widerstandskraft einer schwer leidenden Bevölkerung zu brechen.

Damit ist jedoch immer noch nicht die Leidensgeschichte der deutschen Volkswirtschaft erschöpft. Bis zur politischen Umwälzung waren die deutschen Kriegslasten ohne die Renten-Verpflichtungen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene auf die gewaltige Summe von 135 Milliarden Mark angeschwollen. Der Waffenstillstand hat wohl einen Stillstand der Volkswirtschaft, nicht aber einen Stillstand der Ausgaben gebracht. Abgesehen davon, daß gegen unseren Willen und gegen die getroffenen Abmachungen noch gekämpft werden mußte, daß die Bolschewiki die deutschen Grenzen, die Tschecho-Slowaken Oberschlesien bedrohten, erwachsen uns auch aus der Besetzung des linken Rheinufers erhebliche Ausgaben. Mit der Auflösung des Heeres blieben die unmittelbaren Demobilisierungskosten zunächst auf der Höhe der Kriegskosten. Sie sanken erst nach einiger Zeit. Mehr als 5 Milliarden Mark sind allein an Heeresgut umgekommen, dem Reiche verloren gegangen. Widerrechtliche Leerung der Magazine hat die Ernährungsbasis der Bevölkerung geschmälert. Hierzu treten die laufenden Ausgaben für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer in Höhe von mindestens jährlich

4 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, eine Ehrenschuld an die Kämpfer, die Großartiges geleistet haben für ihr Vaterland.

Was steht diesen Passiven an Aktiven gegenüber? Unsere Gegner berufen sich auf die bekannten Helfferichschen Schätzungen des deutschen Volksvermögens, die sich für 1913 auf 310 bis 315 Milliarden Mark belaufen. Sie übersehen dabei nur die Kleinigkeit, daß sich diese Zahlen auf eine in blühendem Zustande befindliche Volkswirtschaft bezogen haben, aber auch damals schon als zu hoch angesehen worden sind. Man braucht ja nur daran zu denken, daß in dem großen Posten von 200 Milliarden Mark Wert der gegen Feuer versicherten Mobilien und Immobilien auch die gesamten Wohnungseinrichtungen, Möbel, Gemälde, enthalten sind, die einen nur geringen Verkehrswert besitzen. Mindestens 50 Milliarden Mark können dafür in Abzug gebracht werden, und der übrigbleibende Grund und Boden kann nicht fortgeschafft werden. Die Gegner übersehen aber das Entscheidende: Die Schätzungen des Volksvermögens haben überhaupt nur einen Sinn unter dem Gesichtswinkel des Rentenwerts, nämlich daß alle Vermögensteile nur Wert erhalten, wenn die schaffende Hand des tätigen Mannes dahintersteht. Durch die Wegnahme der Fahrzeuge, durch die Zerstörung unseres Außen- und Innenhandels ist dieser Rentenwert allenthalben gedrückt worden. So haben beispielsweise zahlreiche Hamburger Handelshäuser, die Schiffahrtsgesellschaften von ihrem Rentenwert eingebüßt. Die preußischen Eisenbahnen erbrachten im Frieden 600 Millionen Mark Überschuß, jetzt arbeiten sie mit einem Defizit von über 2000 Millionen Mark.

Nicht nur an Rentenwert, sondern auch an Substanzwert hat die deutsche Volkswirtschaft gewaltige Einbuße erlitten. Mit 1 600 000 Gefallenen ist der Arbeitswert von 8 % der Bevölkerung, von 16 % der Männer verloren gegangen, und zwar trifft dieser Teil gerade den leistungsfähigsten Teil unserer Bevölkerung. Dazu tritt die Zurückhaltung von über 800 000 Kriegs- und Zivilgefangenen, eine Maßnahme, für deren Charakterisierung kein Wort zu stark ist. Weiter sind Millionen Kriegsbeschädigte an der ferneren Ausübung ihrer vollen Arbeitskraft behindert, und endlich ist der Arbeitseffekt der gesamten Bevölkerung durch eine vierjährige Unterernährung auf ein Mindestmaß gesunken. Neben dieser Einbuße an Volkskraft droht der Verlust Elsaß-Lothringens, des Saargebiets, von Teilen Ost- und Westpreußens, Posen und Oberschlesiens. Dazu kommt, daß unser Grund und Boden bis zur Grenze des Möglichen heruntergewirtschaftet ist. Die Produktivität unserer Landwirtschaft ist auf 75 % gefallen. Die Gebäude stehen in einem sehr vernachlässigten Zustand da, ihre so notwendige Wieder-

herstellung scheitert an dem Mangel an Rohstoffen und an den hohen Löhnen. Groß sind die Verluste an Mobilien. Der Viehstand ist zum größten Teil hingeschlachtet worden. Die Schweine fehlen nunmehr ganz. Unser Rindviehbestand hat sich um rund 4 Millionen Stück vermindert. Unsere Forsten sind verwüstet. Auf dem Gebiete der Industrie hat die Umstellung auf die Munitionsherstellung große Werte vernichtet: die industriellen Anlagen sind gleichfalls heruntergewirtschaftet, Werkzeuge und Maschinen fast bis zur Unbrauchbarkeit abgenutzt. Von dem Verlust der Verkehrsmittel war schon die Rede; aber auch die Eisenbahnen, das rollende Material wie die Schienen, die Straßen, diese wichtigen Mittel unserer nationalen Produktion, befinden sich in einem trostlosen Zustand. Die früher voll gefüllten Läger unserer Kaufleute sind — ein trauriger Anblick — heute leer. Sie können mit den gezahlten Werten nicht wieder gefüllt werden. Der Stand der Valuta und die hohen Preise machen dies heute unmöglich. Die Ersatzstoffindustrie, die technisch Hervorragendes geleistet, arbeitet naturgemäß volkswirtschaftlich teurer, und ist auch nur in langsamer Entwicklung begriffen.

Endlich ist nicht zu übersehen, daß auch durch die fürsorglichen Maßnahmen der Regierung, die den Zweck hatten, der Auswucherung schwer leidender Bevölkerungsschichten entgegenzuarbeiten, daß durch diese Maßnahmen die Rentenwerte nicht unwesentlich beeinflusst worden sind. So haben z. B. die Höchstmietpreise verhindert, daß die Realwerte den hohen Preisen und Löhnen überall und entsprechend gefolgt sind. Jedenfalls kann heute absolut keine Rede mehr davon sein, daß das deutsche Volksvermögen nach dem unglücklich verlaufenen Krieg noch auf 310 Milliarden Mark oder ähnlich geschätzt werden kann. Man mag mit Rücksicht auf die hohen Preise höhere Nominalwerte annehmen, daß die Summe der privatwirtschaftlichen Vermögen der Einzelwirtschaften in Mark veranschlagt eine höhere Ziffer aufweisen. Veranschlagt man dagegen die realen Sachgüter der Volkswirtschaft nach der alten Goldmark, dann ist offensichtlich eine ganz erhebliche Verringerung des deutschen Volksvermögens eingetreten. Von einer zahlenmäßigen Angabe will ich wegen der Unsicherheit aller in Betracht kommenden Faktoren absehen.

Auf diese Ziffer wird es bei den Friedensverhandlungen weniger ankommen. Wichtiger wird die Frage sein: Welche Mittel sind vorhanden, um an das Ausland Zahlungen leisten zu können? Da wir schon Lokomotiven, Schiffe, Wertpapiere, ausländische Kapitalien abgegeben haben, so kann die Antwort nur lauten: wir haben keine solchen Mittel mehr. Und ich wiederhole: Die Schuld dafür, daß wir heute so dastehen, liegt

nicht so sehr am Kriege als solchem, sondern in den Kriegsmaßnahmen unserer Gegner gegen den deutschen Handel, gegen die deutsche Volkswirtschaft, die sie ins Herz getroffen haben. Wir stehen heute da wie ein Baum, dem man alle Wurzeln abgeschlagen hat. Wie soll dieser Baum Blüten treiben, Früchte bringen? Wie sollen wir Werte schaffen, wenn uns alle Vorbedingungen, Rohstoffe, Lebensmittel, Arbeit und Kredit fehlen? Wir haben uns auf die Wilsonschen 14 Punkte verpflichtet und die Wiedergutmachung aller Schäden in den besetzten Gebieten versprochen. Dieses Versprechen werden wir trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten halten; mehr haben wir nicht versprochen, mehr könnten wir auch gar nicht halten.

Wenn wir nämlich unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Gegnern nachkommen sollen und wollen, so können wir die auf uns genommene Schuld nur durch unsere Arbeit tilgen. Unser Vermögen, die aufgespeicherte Arbeit der Vergangenheit, ist zum Teil dahin, der Rest ist heute nur mäßig imstande, Güter zu reproduzieren, wie es seine Aufgabe wäre. Die gegenwärtige Arbeit ist gering. Wir können daher nur zahlen mit unserer zukünftigen Arbeit, genauer: zunächst mit dem Kredit, den uns unsere Gegner auf unsere zukünftige Arbeit geben und den wir im Laufe der Zeit abtragen werden. Daher geht mein Appell an alle Volksgenossen: Arbeiten und wieder arbeiten, damit Güter, Werte geschaffen werden. Zu intensiver Arbeit zwingt uns auch die Notwendigkeit des Staatshaushaltes, von deren Ordnung die Wiederingangsetzung des deutschen Wirtschaftslebens gleichfalls in hohem Maße abhängig ist.

Ich komme nun auf die Ziffern des Reichshaushalts, wie sie sich in Zukunft vermutlich stellen werden, wobei wohlgemerkt keinerlei Zahlungen an unsere Feinde, wie wir sie zu vertraglich festgelegten Zwecken zu leisten übernommen haben, vorausgesehen sind.

Wir haben die voraussichtlichen fortlaufenden und einmaligen Jahresausgaben in vier Kategorien eingeteilt. Erstens Zivilverwaltungsausgaben, zweitens Heer, Marine und Kolonien, drittens Reichsschuld, viertens besondere Kosten.

Die Zivilausgaben, meine Herren, haben ja im früheren Etat die in der gegenwärtigen Größenordnung lächerlich kleine Summe von 200 Millionen Mark im Durchschnitt der Jahre 1913/17 erfordert. Besondere zu betrachten ist die Betriebsverwaltung der Post. Die Post hat aufgehört, eine Überschußverwaltung zu sein; auch bei ihr sind Steuerungszulagen, Materialsteigerungen und Betriebserweiterungen eingetreten. Der an Steuerungszulagen im Etat vorgesehene Posten, der im wesentlichen auf die Reichs-

betriebe und das Heer entfällt, wird in Zukunft in gewissem Umfange in Form einer Neuordnung der Besoldungen im Etat seinen Ausdruck finden. Abgesehen davon werden die Ausgaben der Zivilverwaltung aus gleichen Gründen eine Verdopplung auf etwa 400 Millionen Mark erfahren müssen.

Nun kommen Heer, Marine und Kolonien. Die Neigung, uns ein Söldnerheer aufzunütigen, ist sehr groß. Im gegenwärtigen Moment sehen wir, daß die Kosten für Heer, Marine und Kolonien außerordentlich gestiegen waren. Sie gehen alle noch auf den Kriegsetat. Den Kriegsetat habe ich hier nicht berücksichtigt. Er kommt nachher in einem besonderen Posten als Zinsen-Ausgabe. Wir haben aber angenommen, daß wir die bisherigen Ausgaben von vor dem Kriege, den Friedensdemobilstand, von etwa 2 Milliarden, in unsere Rechnung präliminieren müssen; mit sehr viel weniger werden wir nicht auskommen.

Das, was früher passiert ist, die Versorgung von 30 Pfennig für den Unteroffizier und 13 Pfennig für den Mann, das gibt es ja nicht wieder und alle Kosten sind außerordentlich gestiegen. Einen anderen Anhaltspunkt habe ich im übrigen nicht gehabt. Nehmen Sie an, Sie können 400 bis 500 Millionen daran sparen. Jedenfalls müssen wir, wenn wir annehmen, daß unser angeworbenes Heer von mäßigem Umfang und eine kleine Marine aufrecht erhalten wird, mit diesem Betrage rechnen können.

Daß wir trotz allem Völkerbund, für den wir uns ja auf das eifrigste einsetzen, auf eine Wehrmacht bedacht sein müssen, liegt nicht nur in unseren Verhältnissen: jede Regierung bedarf in ungeklärten und aufgeregten Zeiten der Mittel, den Volkswillen durchzusetzen. Dazu kommt unsere geographische Lage. Die deutsche Wehrmacht ist heute die einzige Brandwache, die das ganze Europa gegen die zerstörenden Mächte der östlichen Irrlehren beschützt. Zudem wir sie aufrechterhalten, dienen wir nicht nur unseren eigenen Zwecken, sondern denen der ganzen Kulturwelt. Daß diese Vorpostenstellung durch eine Zerstörung unserer Leistungsfähigkeit nicht ausgehaltet wird, ist ein besonderes Interesse auch unserer Feinde; es ist eine Versicherungsprämie auch für sie, die sie uns in irgendeiner Form rückvergüten müssen. Wie wenig sie dabei auf unsere nächsten östlichen Nachbarn und deren Zusagen rechnen können, zeigen sowohl der verzweifelte Zustand der polnischen Wirtschaft als auch die neuerliche Unbotmäßigkeit dieser neuesten Alliierten der Entente, die die Waffenstillstandsbedingungen geflüßentlich mißachteten.

Nun kommt der große und außerordentlich schwere Posten der Versorgungsgebühnisse infolge des Krieges von 1914/19. Wir haben im gegenwärtigen Etat nur $1\frac{1}{2}$ Milliarden hierfür angesetzt. Wir wissen aber

aus den Erfahrungen, daß nach und nach in verhältnismäßig kurzer Zeit bei einem außerordentlich hohen Prozentsatz der Kriegsteilnehmer objektive Folgen der Kriegsstrapazen zum Vorschein kommen. Ich glaube, die Kriegsbeschädigten von 1870/71 sind heute noch nicht abgefunden. Die Erfahrungen, die ich seinerzeit im Reichs-Kolonialamt mit den Kriegsbeschädigten aus dem Herero- und Hottentottenfeldzug gemacht habe, haben gezeigt, daß ein sehr hoher Bruchteil der Leute, die draußen gewesen sind, Versorgungsgebühren, mindestens zeitweilig in Anspruch genommen haben. Schon vor Eintritt in mein Amt ist nach einer Rechnung, die das Kriegsministerium aufgestellt hat, eine Summe von $4\frac{1}{2}$ Milliarden in Aussicht genommen worden. Mag das auch für den gegenwärtigen Zeitpunkt ziemlich reichlich sein, ich weiß nicht, wie schnell der Beharrungszustand eintritt. Sie ist aber aufgestellt worden, ehe die Erhöhung vom Dezember eingetreten ist und ehe wir die zugestandene Erhöhung von 40 % auf sämtliche Gebühren der Kriegsbeschädigten ausgesprochen haben, und von solchen Sätzen pflegt man eigentlich nicht leicht wieder herunterzukommen, es sei denn, daß alle äußeren Verhältnisse sich ändern. Daß aber eine große Veränderung der äußeren Verhältnisse, der Zahlkraft unserer Währung, nicht sehr wahrscheinlich ist, habe ich in der Folge noch auszuführen. Wir können mit gutem Gewissen diese $4\frac{1}{2}$ Milliarden einsetzen und müssen damit rechnen, weil die Franzosen ihre Ausgaben genau auf $4\frac{1}{2}$ Milliarden Franken angegeben haben. Daraus wird sich zeigen, daß man über diesen Posten mit unseren Gegnern nicht zu diskutieren braucht.

Nun, meine Herren, kommt aber der Posten der Reichsschuld. Die Friedensschuld erfordert 163 Millionen Mark Zinsen jährlich.

Jetzt komme ich zur Kriegsschuld. Die Ausgaben aus Anlaß des Krieges sind mit dem außerordentlich hohen Betrag von 185 Milliarden Mark in Ansatz zu bringen. Wir haben bis zum 31. Dezember 1918 146 Milliarden Mark ausgegeben. Wir hatten einen Monatsbedarf im Januar von 3,5 Milliarden, im Februar von 2,7 Milliarden, im März von 2 Milliarden, und wir werden noch für die kommenden 12 Monate des laufenden Jahres für die Abwicklung des Krieges mit mindestens $1\frac{1}{2}$ Milliarden für den Monat zu rechnen haben; das sind weitere 18 Milliarden Mark, und mit den Ausgaben für Januar bis März einschließlich rund 26 Milliarden. Das ist das allermindeste. Das ist der gefährlichste Posten in unseren Finanzen, derjenige, der den Etat am meisten belastet. Dieser Betrag setzt sich unmittelbar in Zettel um und drückt am schlimmsten auf den Geldwert im Inland und auf unsere Valuta im Ausland. Zu den bereits erwachsenen und nach Vorstehendem voraussichtlich weiter noch übrig bleibenden Kriegsausgaben

kommen folgende hinzu. Die Kosten für die Inanspruchnahme von Grundstücken, auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes, sind ein Posten, der eine halbe Milliarde beträgt. Die Kosten für die Entschädigung des durch den Krieg heimgesuchten Gebietes betragen etwa $4\frac{1}{2}$ Milliarden. Die Kosten für die Entschädigung der deutschen Reederei sind auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden zu veranschlagen, und die Kosten für die noch ausstehende Erstattung von Familienunterstützungen an die Bundesstaaten betragen heute noch 6 Milliarden Mark. Das macht im ganzen $12\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, die zu den ersterwähnten 146 und 26 Milliarden Mark hinzutreten und unsere gesamte Kriegsbelastung auf rund 185 Milliarden Mark erhöhen; diese Schuld bedingt ohne Tilgung eine Annuität von 9250 Millionen Mark.

Damit ist die Belastung aber noch nicht abgeschlossen; die Eisenbahnen werden voraussichtlich vereinheitlicht werden und auf das Reich übergehen. Ich habe dafür keinen Platz eingesetzt, daß das aber für die nächsten Jahre Geld kostet, darüber habe ich keinen Zweifel. Die preußischen Eisenbahnen haben im vorigen Jahre ein Defizit von 2 Milliarden Mark gehabt, wenn ich mich recht erinnere. Kurzum, ehe das Ding wieder in Ordnung kommt und aus der Zuschußverwaltung eine Überschußverwaltung kommt, wird eine ganze Zeit vergehen, und dann muß man doch dagegen die preußische Schuld übernehmen. Die Preußen werden ihre Eisenbahnschuld nicht auf sich sitzen lassen. Das ist ein Posten, den ich nur pauschaliter präliminiert habe.

Sie werden sich erinnern, daß mein Herr Vorgänger die gesamten Reichslasten in seiner vortrefflichen Denkschrift auf mindestens 14 Milliarden bemessen hat. Aus dem Gesagten erhellt, daß mit dieser auf den 31. Dezember 1919 abgestellten Berechnung nicht mehr ausgekommen werden kann. Ich unterlasse, die Mehrforderungen im einzelnen nochmals zu geben: sie liegen in der Fortdauer der Kriegswirtschaft, dem Anhalten der produktionslosen Wirtschaft, der Hinausschiebung des Friedens und den soeben erläuterten anderen Umständen.

Wir kommen auf einen lebensnotwendigen Reichsbedarf von 17 429 Millionen Mark, von denen nach meiner Lage praeter propter 12 Milliarden noch durch Steuern auszuschießen und zu decken sind. So ungefähr wird es werden.

Damit ist die Sache noch nicht zu Ende, denn der Zensit ist eine Einheit. Das Eigentum befindet sich im Reiche und in den Bundesstaaten, und um die Gesamtlast des Deutschen Reiches zu übersehen, muß man natürlich alle Kosten, die im Staate und in den Kommunen entstanden, hinzuzählen. Es waren vor dem Kriege 3,8 Milliarden und können jetzt nach den Aufstellungen, die wir haben auf 5,6 bis 6 Milliarden angenommen werden.

Wir kommen also auf 23 Milliarden jährlicher Belastung. Hierzu muß noch dasjenige gelegt werden, was man an Frankreich abführen soll.

Was nun die Deckung angeht, so sind bisher für etwa 7 Milliarden Steuervorlagen ausgearbeitet. Sie werden eingebracht. Über die Deckung des jetzt erst erkennbaren Mehrbedarfs schweben die Erwägungen. Daß es überaus schwer sein muß, ohne eine Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens, ohne eine Gefährdung unserer industriellen Interessen, ohne Kummer und Sorgen bei vielen Minderbemittelten einzziehen zu lassen, so gewaltige Beträge noch über die enorme jetzt in Aussicht stehende Belastung aufzubringen, unterliegt keinem Zweifel. Es muß aber versucht werden.

Hoffentlich wird der Reichschatzminister in der Lage sein, aus dem Ertrage der reichseigenen Betriebe, Monopole und dergleichen Erhebliches beizusteuern. Immerhin werden wir uns in dieser Richtung zunächst keinen allzu großen Hoffnungen hingeben können, da alles das, von dem ich gesprochen habe, erst in Gang und Ertrag gebracht werden muß.

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die Einnahmen präliminiert sind unter der Voraussetzung, daß normale Zeiten eingetreten sind. Z. B. sind die Zölle mit 775 Millionen Mark eingesetzt, ungefähr dem Friedensaufkommen entsprechend, wobei wir doch wissen, daß ein großer Teil der Zölle außer Hebung gesetzt ist. Es ist angenommen worden, daß eine Vermögensabgabe und eine Kriegsgewinnsteuer von zusammen 50 Milliarden einkommen und daß diese aufkommenden Beträge sich, soweit sie nicht in bar gezahlt werden, mit 5% mindestens verzinsen.

Erhebliche Reserven von irgendwelchem nennenswertem Umfang liegen in den einzelnen Steuerertrags-Schätzungen nicht. Wir haben der Gewissenhaftigkeit halber festgestellt, daß beim Tabak und bei einigen anderen Steuern vielleicht Reserven von 2- bis höchstens 300 Millionen stecken können.

Die Ertragschätzungen belaufen sich auf 13 164 Millionen Mark, worin alles enthalten ist. Die sicheren Ausgaben sind 17 429 Millionen Mark. Es bleiben ungefähr $4\frac{1}{4}$ bis 5 Milliarden Mark, die noch zu decken sind. Meine Herren, das sind Summen von einer Gewaltigkeit, wie sie in der Finanzgeschichte bislang nicht vorgekommen sind. Der Bedarf ist erheblich größer für das Reich als sämtliche Einkommen der physischen Zensiten in Preußen, wenn man diejenigen absetzt, die ein Einkommen unter 2100 Mark gehabt haben. Bei Absetzung dieser kleinen Einkommen verbleiben aber nur $14\frac{1}{2}$ Milliarden Mark. Das Gesamteinkommen aller Preußen, wenn man diejenigen ausschneidet,

die das Existenzminimum von 900 Mark haben, betrug nach der Veranlagung für 1917 rund 19 Milliarden Mark. Wir schneiden also mit unseren künftigen Steuern in die Vermögen und Einkommen nach meiner Lage bei den hohen Einkommen und Vermögen zwischen 60 und 70 % ein — in Sachsen hat man heute schon auf Grund der gegenwärtigen Belastung 50 % —; auch in die kleinen Einkommen werden wir entsprechend einschneiden. Das ist um so härter, als nun ein großer Teil dieser Ausgaben, nicht auf indirektem Gebiete, sondern auch auf direktem Gebiete von den Arbeitern getragen werden muß. Es ist ausgeschlossen, einen Mann mit 5- bis 6000 Mark Einkommen jährlich von der Einkommensteuer freizulassen; je stärker Sie die Pyramide abbauen, die großen Vermögen verschwinden, die große Masse wohlhabender wird, desto mehr müssen Sie die Abgaben auch auf die große Masse abbürden. Das hilft nichts, und das direkte Steuergebiet ist ja das, was wir als das sozialere ausbauen wollen.

Wenn wir diese große Summen angenommen haben, haben wir sie angenommen auf Grundlage eines einigermaßen normalen Zustandes. Daß er nicht eingetreten ist, daß er nicht besteht, das wissen wir. Wir wissen, daß die Kriegsgewinne sich zum großen Teil verflüchtigt haben, nicht nur dadurch, daß die Leute versucht haben, sie außer Landes zu tragen.

Dazu kommt, daß eine ungeheure Gesetzlosigkeit auf dem linksrheinischen Gebiet eingerissen ist, daß dort die Steuern nicht entrichtet werden, daß die Kommunen sie nicht an das Reich abgeben, daß die Zollgrenze am Rheine liegt, daß in Bayern kein Grenzschutz mehr besteht und daß das finanzielle Blut des Deutschen Reiches beständig in einer Weise fließt, wie man es gar nicht für möglich hält.

Wie beschaffen wir uns zur Zeit die gewaltigen Beträge? Auf dem Wege des reinen Kredits! Die Sache spielt sich wie folgt ab. Die Bedarfssummen werden von den gesetzgebenden Körperschaften als Kredit bewilligt; auf seiner Grundlage werden Noten gedruckt, denen leider, weil sie meist für unproduktive Zwecke ausgezahlt werden müssen, keine Vermögensverbesserung des Reiches gegenübersteht. Ebenso verhält es sich mit den auf dem Kreditwege geschaffenen Giroguthaben. Daß dadurch der Reichskredit im In- und Ausland schwer geschädigt werden muß, liegt auf der Hand. Es ist eben eine ungedeckte Kreditwirtschaft von fast 7 Milliarden Mark im Ordinarium und von 24 Milliarden Mark im Extraordinarium; eine Gesundung kann nur herbeigeführt werden, wenn die Wirtschaft auf dem Extraordinarium schleunigst eingedämmt, alle laufenden Ausgaben auf die ordentliche Rechnung gebracht und ihr entsprechende Steuer-

einnahmen gegenübergestellt werden. Nur so kann das Reich bewirken, daß es den Kredit verdient, den es beansprucht. Solange das nicht der Fall ist, kann auch die Auslandsvaluta nicht steigen, unsere Leistungsfähigkeit an die Gegner sich nicht heben; diese haben daher alles Interesse, unseren ernsthaften Versuch, die Finanzen zu sanieren, nicht zu stören oder zu erschweren.

Denn, was würde geschehen, wenn die Gegner nun sagten, wenn ihr im Reiche 14 Milliarden Mark und mehr aufbringen könnt, warum liefert ihr diese 14 Milliarden nicht in erster Linie an uns ab? Streicht doch einfach die Hauptausgaben! Die so argumentieren, verraten wenig Kenntnis von den wirklichen Verhältnissen. Soll ich etwa die 4½ Milliarden Mark, die wir an die Kriegsbeschädigten zu zahlen haben, streichen? Hunderttausende brauchen diese Zuschüsse, um sich wieder eine Existenzmöglichkeit zu schaffen; andernfalls liegen sie auf der Straße, und es müßte doch für sie gesorgt werden. Von dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit, der Ehre, des Dankes für das, was die an ihrer Gesundheit Geschädigten für das Vaterland geleistet haben, will ich gar nicht reden. Im übrigen rechnen die Franzosen etwa 4¼ Milliarden Franken für ihre Kriegsbeschädigten. Danach erscheint unser Betrag als nicht zu hoch. Dann streicht — so wird man sagen — den zweiten Hauptposten in eurem Etat: Die Zinsen auf die Kriegsanleihen. Nun ist es zwar richtig, daß durch die Zahlung der Kriegsanleihezinsen an und für sich nur ein Wechsel von einer Hand in die andere stattfindet. Die für die Verzinsung der Anleihen behobenen Steuern fließen der Volkswirtschaft wieder zu. Es ist aber sehr zu beachten, daß bei vielen Besitzern von Kriegsanleihen die Zinseinnahmen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes gebraucht werden, daß also ein Teil der Bevölkerung von den Steuerleistungen der anderen mit unterhalten wird. Dazu kommt, daß Handel und Industrie ihre Läger gegen Kriegsanleihe geräumt, die Reserven für die Wiederinstandsetzungsarbeiten in Kriegsanleihe angelegt haben. Bei dem Restabblasse rechnen diese Kreise damit, daß sie die Kriegsanleihe wieder flüssig machen können, um ihr Produktionsvermögen auf den alten Umfang zu bringen. Was aber schon so häufig betont ist: ein großer Teil der Kriegsanleihe befindet sich in Händen von gemeinnützigen Versorgungsanstalten. Er bildet den letzten Anker für das gesamte wirtschaftliche Leben, indem die Alters-, die Invaliditäts-, die Lebensversicherung, und vor allem auch die Sparkassen ihre Einnahmen zum großen Teil aus den Kriegsanleihezinsen ziehen. Allein die Sparkassen dürften nach neueren Schätzungen etwa 40 % ihres Einlagebestandes in Kriegsanleihen angelegt haben.

Bei einem Ausfall der Kriegsanleihezinsen müßten andere Einnahmequellen geschaffen werden, um die Existenzen der kleinen und kleinsten Leute nicht zu gefährden. Letzten Endes müßte die Bevölkerung diese Ausgaben doch auf irgendeine Weise aufbringen.

So können wir weder von den Einnahmen abgeben, noch von dem Steueraufkommen Abstriche machen. 23 Milliarden Mark Steuern bedeuten aber mehr als das Doppelte des gesamten Einkommens aller Preußen über 3000 Mark. Nichts veranschaulicht deutlicher die Lasten, die in Zukunft von den Einzelwirtschaften zu tragen sind. Wenn man natürlich die Lasten auch auf den Luxusverbrauch zu legen trachtet, so weiß man aus langer Erfahrung, daß sogenannte reine Luxussteuern in ihrem Ertrage nicht zu Buch zu schlagen pflegen. Auch die Aktiengesellschaften können nicht viel mehr tragen. Für die großen Einkommen wird die Gesamtbelastung in den höchsten Stufen nicht weit unter $\frac{2}{3}$ des Einkommens zurückbleiben.

Aus alledem ergibt sich, daß die Zahlung einer Kriegssentschädigung in Höhe von 125 Milliarden Franken oder auch nur in jährlichen Raten von 4 Milliarden Franken nicht in Frage kommen kann, überhaupt ganz außer dem Bereich aller Möglichkeiten liegt. Es fehlt uns an Valuta. Wir können nur zahlen mit unserer Arbeit. Um diese in Gang zu bringen und erfolgreich zu gestalten, sind Lebensmittel und vor allem Rohstoffe erforderlich. Nur dadurch, daß uns die Gegner umfangreiche Valutakredite bewilligen und Zeit zum Arbeiten lassen, wird es möglich sein, daß wir den uns von Wilson auferlegten Verpflichtungen wirklich nachkommen können. Gelingt es unseren Unterhändlern, die Gegner von diesem ebenso ungeschminkten wie eindringlichen Bild unserer Finanzlage zu überzeugen, dann braucht auch das deutsche Volk nicht zu verzagen. Wenn dem deutschen Volk die unumgänglichen Voraussetzungen zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben werden, wenn das deutsche Volk weiß, daß es in Freiheit und für sich arbeiten kann, dann wird es gelingen, durch Organisation und Arbeitsgeschicklichkeit jene Lasten, die seiner warten, erträglich zu machen, jedem Arbeitsgenossen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen. Aber auch nur dann wird es möglich sein, den Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der Schäden nachzukommen, die wir mit der Annahme der Wilsonschen 14 Punkte übernommen haben. Ich bin meinem verehrten Amtsvorgänger und Fraktionskollegen Schiffer gern auf dem Wege gefolgt, vor einem sachverständigen Kreis, wie Sie es meine Herren sind, offen und rückhaltlos über unsere Lage zu sprechen. Ich bin aber ebenso gewiß von der Sicherheit überzeugt, daß, wenn unsere Gegner versuchen sollten, dennoch ihre phantastischen Forderungen durchzusetzen,

daß das neue Unglück, das darin über unser Vaterland hereinbricht, nicht an den neuen Grenzen Halt machen wird.

Lassen Sie mich mit einem Lichtblick schließen. So düster unsere Finanzlage ist, die unserer Gegner ist meistens nicht viel besser; das Kriegsverbrechen hat allerorts die Folgen gezeitigt, die Ungell-Norman in seinem prophetischen Buch: „Die falsche Rechnung“ seinerzeit vorausgesagt hat. Und, wie wir hoffen, durch gesteigerten Gemeinsinn und Ausschaltung der Reibungen bei uns die Gütervernichtung wieder auszufüllen und zu einem geordneten, friedlichen Leben mit Verständnis auch für die Notwendigkeiten unserer Nächsten zu gelangen, so wird die Logik der Tatsachen auch unsere Gegner zu der Überzeugung führen müssen, daß diese Grundsätze auch im internationalen Leben angewandt werden müssen, soll anders eine allgemeine Verelendung vermieden werden. Diese Erkenntnis ist bereits in wirtschaftlich denkenden Köpfen weit vorgeschritten, besonders in den führenden Kreisen Amerikas. Möge sie auch bei den Machthabern in Paris sich rechtzeitig einstellen, damit die großen Worte von einer neuen Welt, aufgebaut auf Verjöhnung und Gleichberechtigung, nicht eine inhaltlose Karikatur bleiben.